

# TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/58 Bonn, den 24. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Zwei Landkreise von vielen ...	92

Wie sich die Sozialdemokratie auch in  
landwirtschaftlichen Gebieten durchsetzt  
Von E. v. Székely

3 - 4	Minister Lemmer und die Flüchtlingsgesetzgebung	64
-------	---	----

Ein Rechenschaftsbericht, der nur Kritik herausfordert  
Von Willi Jäger  
Wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion

4	"Man sollte anfangen zu murren"	27
---	---------------------------------	----

Generalbundesanwalt a.D. Güde und das SPIEGEL-Verfahren

5 - 6	Fällige Untersuchung	68
-------	----------------------	----

Wann kommt die einheitliche Wettbewerbsordnung  
für den Fremdenverkehr?  
Von Erich Paykowski

\*\*\*\*\* ZUR BEACHTUNG \*\*\*\*\*

Wir veröffentlichen in unserer Ausgabe von Mittwoch, den  
25. März 1964 eine Reportage unter dem Titel  
Kleine Reise nach "Europa".

Im Mittelpunkt der Reportage stehen Interviews mit der neu-  
gewählten Vorsitzenden der Sozialistischen Fraktion des  
Europäischen Parlaments in Strassburg, Bundestagsabgeordne-  
te Frau Käthe STROBEL, und dem neugewählten Vizepräsidenten  
des Europäischen Parlaments, dem sozialdemokratischen Bun-  
destagsabgeordneten Dr. Gerhard KREYSSIG.

Geeignet für Wochenendausgaben

Chefredakteur Günter Markscheffel

Zwei Landkreise vor vielen ...

Wie sich die Sozialdemokratie auch in  
landwirtschaftlichen Gebieten durchsetzt

Von E. v. Székely

- \* Längst ist die Vorstellung überholt, die Sozialdemokratie könne in landwirtschaftlichen Gebieten keine Erfolge erzielen.
- \* Wie sich die SPD gerade auf dem Lande durchsetzt, schildert
- \* der nachstehende Beitrag über die politische Entwicklung in
- \* den nord-pfälzischen Landkreisen Kirchheimbolanden
- \* und Rockenhausen. Wir haben dieses Ge-
- \* biet gewählt, weil es für viele andere Landkreise in der Bundesrepublik charakteristisch ist. = Die Redaktion

\* \* \*

Mit den Landwirten können die konservativen Kräfte in der Bundesrepublik nicht mehr rechnen. Auch in der Nordpfalz ist eine immer kleiner werdende Zahl der Landwirte daran interessiert, bestehende Verhältnisse zu konservieren; die meisten Bauern sind bestrebt, Änderungen herbeizuführen. Sie haben dies versucht und ihre Unzufriedenheit kundgegeben, indem sie die Parteien wechselten, denen sie bei früheren Wahlen ihre Stimmen gaben. Aus ihrem Verhalten kann aber auch geschlossen werden, daß sie erkannten, welche Bedeutung die Politik für das Schicksal des einzelnen hat.

Aus Enttäuschung wurde zunächst Radikalismus

Nach dem zweiten Weltkrieg wählten die nordpfälzischen Landwirte zunächst die CDU, größtenteils auch in den überwiegend evangelischen, nicht nur in den seit der Gegenreformation mosaikartig eingestreuten katholischen Gemeinden. Die Handlungen und Unterlassungen der Regierung enttäuschten bald nicht nur viele CDU-Wähler, sondern auch diejenigen, die in der FDP ihr Heil zu finden gehofft hatten. Die Landwirte der Nordpfalz wurden politisch heimatlos, sie wandten sich, wenn auch nur vorübergehend, dem Radikalismus zu. Mit 15,8 Prozent der Stimmen im Kreis Kirchheimbolanden und 16,9 Prozent der Stimmen im Kreis Rockenhausen erzielte die Deutsche Reichspartei in diesen Landkreisen Rekordzahlen im ganzen Bundesgebiet. Sicher spielte der aus dem wechselhaften Ablauf der Geschichte des Grenzlandes Pfalz resultierende Nationalismus dabei eine Rolle. Es sollte aber auch nicht übersehen werden, daß der Separatismus in diesen Landkreisen niemals Anhänger fand.

Lebensbedingungen waren nie zufriedenstellend

Zufriedenstellend waren die Lebensbedingungen der pfälzischen Landwirte niemals gewesen. Die Realteilung nach französischem Recht hat schon vor 150 Jahren viele Landwirte aus der Pfalz zur Auswanderung veranlaßt. Aus dem Südostraum der ehemaligen Dornaunarchie sind ihre Nachkommen unter dem nationalsozialistischen Regime nach Deutschland zurückgekehrt, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben zahlreiche pfälzische Familien heute noch Verwandte. Die Flurbereinigung, deren Durchführung in der Pfalz dringender erforderlich ist als in vielen anderen Bundesländern, ist gerade hier sträflich vernach-

lässigt worden. Dazu kam die Industriearmut der Nordpfalz, die bedingte, daß die genannten Landkreise arm geblieben sind und das Einkommen der Einwohner pro Kopf der Bevölkerung mit dem in vergleichbaren Gebieten nicht Schritt gehalten hat.

### Ursachen der Wandlung

Heute gibt es rein bäuerliche Dörfer in der Nordpfalz nicht mehr, vielmehr sind überall auf dem flachen Land auch Industriearbeiter wohnhaft, was trotz ihrer oft nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Landwirten zunächst zu Reibungen Anlaß gab. In den meisten Orten brachten es die Arbeiter indessen jedoch zu gesellschaftlichem Ansehen, nicht nur wegen ihrer verbesserten finanziellen Verhältnisse, sondern auch ihrer technischen Fertigkeiten wegen, die bei der fortschreitenden Mechanisierung der Landwirtschaft von den Landwirten geschätzt und gerne in Anspruch genommen werden. Immer häufiger heiraten Arbeiter Töchter von Landwirten und immer bereitwilliger erhalten sie von diesen das Ja-Wort. Groß ist hingegen die Not der jungen Landwirte, eine Ehefrau zu finden, weil selbst Bauerntöchter das prekäre Los einer Bauernfrau scheuen.

Die Landwirte haben auch die Erkenntnis gewonnen, daß ihre hochqualifizierten Produkte nur bei einer finanziell guten Situation breiter Bevölkerungsschichten vollen Absatz finden können. Deshalb werden die Versuche derjenigen immer erfolgloser, die aus der Ausspielung eines Berufsstandes gegen den anderen ihre Vorteile ziehen möchten.

### Sozialdemokratische Erfolge ...

Daß das Vertrauen der nordpfälzischen Landwirte zu den derzeitigen Regierungsparteien geschwunden ist, geht auch aus der ständig kleiner werdenden Teilnahme an ihren Bauernversammlungen hervor. Über schlechten Besuch wird selbst ja geklagt, wo Minister als Redner angekündigt sind. Die Landwirte haben durchschaut, daß es diesen Sonntagrednern an Mut zur Wahrheit gebricht und daß ihren Worten keine Taten folgen. Dagegen ist das von den politischen Gegnern der SPD künstlich geschaffene Vorurteil gegen diese Partei auch in der Nordpfalz im Schwinden begriffen, was sich mit Zahlen eindeutig beweisen läßt.

- \* Von der Bundestagswahl 1957 über die Landtagswahl 1959 und
- \* die Bundestagswahl 1961 stiegen die SPD-Stimmen bis zur
- \* Landtagswahl 1963 im Landkreis Kirchheimbolanden von 40,9 Prozent über 43,7 Prozent, bzw. 47,5 Prozent auf 55,0 Prozent. Im
- \* Landkreis Rockenhausen von 37,0 Prozent über 40,1 Prozent,
- \* bzw. 43,8 Prozent auf 51,9 Prozent an. In beiden Landkreisen
- \* hat die SPD am 31. März 1963 die absolute Mehrheit errungen.

### ... Ergebnis: Ziel klarer agrarpolitischer Vorstellungen

Das war nicht zuletzt das Verdienst sozialdemokratischer Agrarexperten, die keineswegs nur die Versäumnisse der bisherigen Regierungen auf dem Gebiete der Agrarpolitik anprangerten, sondern auch ein überzeugendes sozialdemokratisches Agrarprogramm vorlegten und eindrucksvoll auf die viel bessere Lage der Landwirte in denjenigen Ländern hinweisen konnten, in welchen Sozialdemokraten regieren. Sie haben den Landwirten nicht goldene Berge versprochen, ihnen aber Mut gemacht, vor der bestehenden und mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft neu auf sie zukommenden Schwierigkeiten nicht zu kapitulieren. - Daß es die Sozialdemokratie ist, die sich mit ihrem ganzen Gewicht für bessere Bildungsmöglichkeiten in der Landbevölkerung einsetzt, rechnet man ihr hoch an. Noch gilt es, in Stadt und Land das Verständnis dafür zu wecken, daß der Staat zur Förderung der Landwirtschaft verpflichtet ist und für sie nicht weniger tun darf als er zur Förderung der Industrie getan hat und noch tut.

Minister Lemmer und die Flüchtlingsgesetzgebung

Ein Rechenschaftsbericht, der nur Kritik herausfordert

Von Willi Jäger

Wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion

Was ist bisher zugunsten von Mitteldeutschen geschehen und was ist erreicht worden? Mit dieser Frage setzte sich der neue Bundesvertriebenenminister im Bulletin der Bundesregierung auseinander. Fast drei Seiten lang ist der Katalog, mit dem Minister Lemmer nachweisen will, daß die Behauptung, es sei bisher für Zonenflüchtlinge nichts geschehen, falsch ist. Uns ist nicht bekannt, wer das behauptet hat, aber wir wissen, daß für die aus Mitteldeutschland in die Bundesrepublik geflüchteten oder zugezogenen Landsleute viel zu wenig getan wurde.

Der Minister berichtete, daß für diesen Personenkreis aus dem Härtefonds des Lastenausgleichs 1,32 Milliarden DM ausgezahlt worden sind und daß die Leistungen des Bundes zur Wohnraumversorgung im Rahmen der sogenannten Kanzlerlösung 5,2 Milliarden DM betragen. In der Tagespresse hieß es dann, daß rund 7 Milliarden DM an Hauptaufwendungen für Zonenflüchtlinge bis Ende 1963 erbracht wurden. Daß davon 6 Milliarden DM nur Darlehen sind, darf nicht übersehen werden. Im ersten Abschnitt der ministeriellen Bilanz wurde das Ergebnis der Volkszählung von 1961 angeführt, wonach es in der Bundesrepublik 5,8 Millionen Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone gibt, von denen allerdings - das wird ungewollt im zweiten Abschnitt zugegeben - nur 847 oder 0,0145 v.H. als politische Flüchtlinge im Sinn der unstrittenen und von der Bundesregierung hochgehaltenen Paragraphen 3 und 4 des Bundesvertriebengesetzes anerkannt.

Dieses Ergebnis wird dadurch etwas gemildert, daß laut Statistik 2,76 Millionen Zonenflüchtlinge auch Heimatvertriebene sind. Die Gegenüberstellung ist trotzdem noch alarmierend. Daran kann auch der entschuldigende Hinweis, daß durch die 16. Lastenausgleichsnovelle viele aus Mitteldeutschland zugezogene Heimatvertriebene voll anspruchsberechtigt geworden seien, nichts ändern. Es steht überdies einem Regierungsmitglied schlecht an, mit dieser Novelle zu argumentieren, denn wenn es nach der Bundesregierung gegangen wäre, dann gäbe es nämlich den verhängnisvollen Zuzugsstichtag im Lastenausgleich noch heute. Über ein Jahr lang hat sich die Regierung der von den Sozialdemokraten beantragten 16. LAG-Novelle widersetzt, selbst dann noch, als der Bundesrat bereits zugestimmt hatte.

Der Versuch, den Leistungsbericht mit Hinweisen auf Sozialhilfeleistungen, Arbeitslosengeld, Mietbeihilfen und Rentenversorgung auszuschrücken, ist eine Frage des Geschmacks. Vor allem werden sich die unzähligen Flüchtlinge, die unter Entbehrungen die Kosten für Lageraufenthalt und Transport zurückzahlen mußten, wundern, daß man ihnen diese Kosten als Bundesleistung vorhält. Der Hinweis, daß durch Novellen zum Gesetz 31 GG, im Bundesentschädigungsgesetz, im Gesetz zur Regelung von Ansprüchen aus Lebens- und Rentenversicherungen, im 3. Umweltschutzergänzungsgesetz und im Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz die Anwesenheitsstichtage verlegt werden sollen oder verlegt bzw. aufgehoben wurden, braucht nur hinzugefügt zu werden, daß alle diese Novellen von der SPD beantragt worden sind. Die Bestimmungen über die Gewährung von Einrichtungshilfe sind unzulänglich. Das Häftlingshilfegesetz bedarf einer Novellierung, und Bekleidungshilfe gibt es erst seit Errichtung der Mauer in Berlin.

Alle diese Angaben eignen sich wenig als Leistungsnachweise. Der Minister wäre vor allem gut beraten gewesen, wenn er die Alterssicherung der ehemals Selbständigen nicht erwähnt hätte, weil erst vor zwei Wochen die Abgeordneten der Regierungsparteien einen entsprechenden SPD-Antrag abgelehnt haben. Das "Flüchtlingshilfegesetz", das der Minister als Grundsatzgesetz anpreist, wird diesem dringenden Anliegen nicht gerecht. Die Grundsätze der Bundesregierung zur Lösung des Flüchtlingsproblems sind überhaupt sehr unstritten. So ergibt sich der groteske Zustand, daß der Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge den sozialdemokratischen Gesetzentwurf zur rechtlichen Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Heimatvertriebenen unterstützt, während der Verbandspräsident Lemmer in seiner Eigenschaft als Vertriebenenminister das regierungsentliche Ersatzstück anbieten muß. Der Bulletin-Bericht ist ein verständlicher, aber aussichtsloser Versuch, das Kernproblem zu umgehen.

+ + +

"Man sollte anfangen zu murren"

#### Generalbundesanwalt a.D. Güde und das SPIEGEL-Verfahren

sp - Wenn ein Mann wie der frühere Generalbundesanwalt und jetzige CDU-Bundestagsabgeordnete Max Güde öffentlich Kritik übt an dem schleppenden Prozeßverfahren gegen den SPIEGEL, dann besteht Grund zum Aufhorchen. "Jetzt sollte man tatsächlich einmal anfangen zu murren, ob und wann und wie prozediert wird", meinte der zu recht murrende Abgeordnete. In dem OB und WANN und WIE ist ein ganzes Bündel von Fragestellungen enthalten.

Die unbegreifliche Langsamkeit der laufenden Untersuchung steht in einem paradoxen Verhältnis zu der Schnelligkeit des Zuschlagens in der SPIEGEL-Affäre. Immerhin sind seit jenen arregenden Tagen anderthalb Jahre vergangen, ein Verteidigungsminister kam darüber zu Fall, ein noch antierender Bundesinnenminister verteidigte Schritte "etwas abseits der Legalität", es rollte in beängstigender Eile ein Schauspiel ab, das alle rechtlich denkenden Menschen zutiefst bewegte und sie fragen ließ, ob auch alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Das war es eben nicht, und es ist nun Sache der zuständigen Gerichte, Licht in vieles, damals dunkel gebliebenes zu bringen.

Gewiß, dies braucht seine Zeit, doch ist die zulässige Toleranzgrenze nicht schon überschritten? Dieses WANN, OB und WIE in der Fragestellung des früheren Generalbundesanwalts Güde läßt ungewöhnlich tief blicken: es liegt ein Meer des Zweifels dahinter verborgen. Es liegt an den mit der Untersuchung betrauten Behörden, diese Zweifel mit der gebotenen Eile zu zerstreuen. Schlimm wäre es, würde sich etwa der gewiß ungerechtfertigte Verdacht ergeben, aus politischen Rücksichten das Verfahren erst nach den Bundestagswahlen durchzuführen. Manche Koalitionspolitiker sind - wie man hört - freilich daran in hohem Maße interessiert.

+ + +

Fällige Untersuchung

Wann kommt die einheitliche Wettbewerbsordnung  
für den Fremdenverkehr ?

Von Erich Paykowski

Im Zuge des Übergangs von der Zollunion zur Wirtschaftsunion in der EWG sollen alle Wettbewerbsverzerrungen Zug um Zug abgebaut werden. Die Schaffung einer einheitlichen Wettbewerbsordnung für den Fremdenverkehr ist in dieser Phase unvermeidlich. Wann das geschehen wird, ist noch in keinem Terminkalender vermerkt.

Es müssen dabei zahlreiche Fragen beantwortet werden, so u.a., soll das westdeutsche Beispiel als Vorbild gewertet werden? oder wird man die Wettbewerbsordnung eines anderen Landes der EWG auswählen? Vielleicht wird man aber auch von Anfang an nach einem Kompromiß suchen. Das wäre, so scheint es, angesichts der Wettbewerbsverzerrungen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in den EWG-Ländern ratsam.

Was den innerdeutschen Fremdenverkehr anbetrifft, so fehlt es in der Bundesrepublik an einer einwandfreien Analyse. Bevor in der EWG eine einheitliche Wettbewerbsordnung für den Fremdenverkehr geschaffen wird, sollten wir in der Bundesrepublik die Auswirkungen der in der EWG eingeleiteten Harmonisierung auf den norddeutschen Fremdenverkehr einwandfrei erkannt haben.

Von der heutigen Situation ausgehend, scheint es zuviele Interessensgebiete zu geben, und zwar einmal in den EWG-Ländern (durch verschiedenartige Fremdenverkehrsförderung), zum anderen in der Bundesrepublik selbst. Die Wettbewerbsausgangspositionen in der Bundesrepublik sind für den Fremdenverkehr so unterschiedlich, daß sie z.B. im Augenblick nur einen Vergleich in den norddeutschen Fremdenverkehrsgebieten standhalten. Das ist auch der Grund, warum größere Fremdenverkehrsverbände in Norddeutschland zunächst keinen Anlaß sehen, eine Überprüfung, welche Auswirkungen die in der EWG eingeleitete Harmonisierung auf den westdeutschen Fremdenverkehr haben könnten, unter anderen Gesichtspunkten als unter denen des jeweiligen Landes der Bundesrepublik vorzunehmen.

Das würde auf der anderen Seite bedeuten, daß aus der materiellen Konkurrenz unter den westdeutschen Fremdenverkehrsgebieten in Zu-

kunft auch noch eine ideelle würde. Die Ausgangsposition für eine diesbezügliche Erörterung innerhalb der EWG ist mithin eine uneinheitliche.

Angesichts der Tatsache, daß für die deutsche Fremdenverkehrswerbung in Europa und Übersee nur geringe Finanzmittel zur Verfügung stehen, sollte die westdeutsche Ausgangsposition einheitlich sein. Es steht dabei mehr auf dem Spiel, als vielleicht heute gesehen wird.

Hierzu einige Beispiele: Die Begriffe "Kurorte" und "Erholungsorte" sind nur in der Bundesrepublik einwandfrei, und zwar vom Deutschen Bäderverband und vom Deutschen Fremdenverkehrsverband, definiert. Es soll dabei nicht unbeachtet bleiben, daß diese Begriffsbestimmungen in mehreren Bundesländern die staatlich anerkannte Grundlage für Anerkennungsverfahren sind. Den beiden Verbänden geht es dabei in erster Linie darum, den Heilungs- und erholungsuchenden Kurgast vor Irreführung zu schützen. Zum anderen will man aber auch mit diesen Begriffsbestimmungen unlauterem Wettbewerb im Bäderwesen und Fremdenverkehr Einhalt gebieten.

Die Frage der Kurtaxe wird bei den künftigen Erörterungen über eine einheitliche Wettbewerbsordnung nicht sekundär sein, denn nicht überall im EWG-Bereich wird eine solche Taxe erhoben. Die Wettbewerbssituation wird durch diese Differenzierung - z.B. bei den niederländischen und niedersächsischen Küstenbädern - heute schon negativ beeinflusst. Die höchst unterschiedliche Förderung des Fremdenverkehrs in den Partnerstaaten sollten der Bundesregierung heute schon ganz besonders Veranlassung geben, die wettbewerbliche Ausgangsposition des westdeutschen Fremdenverkehrs zu untersuchen. In den anderen Partnerstaaten werden sogar Subventionen für Hotelbauten gewährt, vor einer weitgehenden Steuerfreistellung ganz zu schweigen.

Die unterschiedlichen Beförderungsbedingungen im Schienenverkehr der EWG-Länder sollten Veranlassung sein, die eigene Position besonders im Hinblick auf die verkehrsmässigen Schwerpunkte zu überprüfen. Norddeutschland bietet sich hierfür als Beispiel an.

Diese Hinweise sollten genügen, um der Forderung nach einer einwandfreien Fremdenverkehrsanalyse für die Bundesrepublik Nachdruck zu verleihen. Wenn wir uns vor unangenehmer Überraschungen sichern wollen, sind derartige Überlegungen unerlässlich.